



Protokollauszug

zum AUSSCHUSS FÜR BILDUNG, SPORT UND SOZIALES

am Mittwoch, 06.05.2020, 17:00 Uhr, Kulturzentrum, Großer Saal

ÖFFENTLICH

TOP 1 Auswirkungen der Corona-Pandemie - Bericht zum
aktuellen Stand

Beratungsverlauf:

EBM **Seigfried** begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung. Er geht einführend auf die Corona-Pandemie und die Auswirkungen auf die Sitzungen ein. Zudem teilt er die personelle Veränderung von Frau Karstedt als neue persönliche Referentin im Dezernat II mit. Nachdem es zur Tagesordnung keine Änderungswünsche gibt, ruft er Tagesordnungspunkt 1 auf.

EBM **Seigfried**, Herr **Bockemühl** (FB Feuerwehr und Bevölkerungsschutz), Frau **Schmetz** (FB Bildung und Familie), Frau **Karstedt** (persönliche Referentin DII), Herr **Dahler** (FB Sport und Gesundheit) und Herr **Henning** (FB Bürgerschaftliches Engagement, Soziales und Wohnen) berichten zum aktuellen Stand der Corona-Pandemie anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt.

EBM **Seigfried** fügt hinzu, dass OBM Dr. Knecht in der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung entsprechend berichten werde. Der befürchtete Anstieg der Infizierten und die Belastung auf das Gesundheitssystem konnte durch die eingeleiteten Maßnahmen und das disziplinierte Verhalten der Bevölkerung auf einem guten Level gehalten werden. Die Lockerungen bergen eine Gefahr und er hofft, dass diese zu keinem Anstieg der Infektionszahlen beitragen. Er bittet um Geduld und die Bereitschaft die Verordnung einzuhalten. Bisher konnte eine positive Erfahrung hinsichtlich des gesellschaftlichen Zusammenhaltes und in der Nachbarschaftshilfe festgestellt werden. Er eröffnet die Aussprache.

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** spricht lobende Worte an die Verwaltung aus und dankt für die Arbeit und den Einsatz in dieser Zeit. Es sei die gesamte Stadtgesellschaft gefragt. In vielen Familien sei das Nervenkostüm angespannt.

Stadtrat **Meyer** schließt sich mit seinem Dank seiner Vorrednerin an. Die Verwaltung arbeite sehr engagiert und umsichtig. Die ständigen Änderungen der Regelungen und Verordnungen werden schnell umgesetzt. Lockerungen sollen wachsam beobachtet, sowie infizierte Personen lokalisiert werden. Es gebe ein Spannungsfeld zwischen Sicherheit und Freiheit. Die Bevölkerung müsse sensibilisiert werden. Das Gesundheitswesen sei gut vorbereitet.

Stadträtin **Seyfang** interessiert das Szenario und die Vorgehensweise, wenn nach der Schulöffnung Fallerkrankungen auftreten. Zudem wünscht sie Einsicht in die Hygienepläne.

Stadträtin **Moersch** spricht ihre allerhöchste Anerkennung an die Verwaltung aus. Ludwigsburgs Stadtgesellschaft habe ein gut funktionierendes gesellschaftliches Leben. Auf eine eventuell kommende Epidemie sei man gut vorbereitet.

Ebenso dankt Stadtrat **Prof. von Stackelberg**. Die Information über die Telefonkonferenzen sei gut gewesen, sowie die Information an die Bevölkerung gut gelungen. Der Fachbereich Katastrophenschutz habe eine wichtige, koordinative Arbeit inne.

Seinen Dank für die außergewöhnliche Leistung spricht ebenso Stadtrat **Heer** aus. Die gemeinsame Beratung sei über die Telefonkonferenzen koordiniert worden. Er hofft auf einen Aufbruch in der Digitalisierung.

Stadträtin **Schmidt** dankt auch. Die Information sei gut geflossen. Man konnte eine Katastrophe abwenden. Jedoch befürchte sie, dass durch die Lockerungen die Infektionsrate steige. Die Kliniken seien in der Notbetreuung gut durch die Stadt unterstützt worden. Weiter bittet sie um Berücksichtigung und Gleichstellung der Arbeit im Home Office.

EBM **Seigfried** dankt für die lobenden Worte und wird diese weitergeben. Die Verwaltung habe sich für eine Ausweitung der Notbetreuung eingesetzt und wurde auf verschiedenen Ebenen vorstellig. Weiter geht er auf die aktuelle Ankündigung zum 18.05.2020, mit einer Aufnahme von 50% der Kinder in den Kindertagesstätten, ein. Hier müssen lokale Lösungen geschaffen werden. Berufstätigkeit und Belastung der Eltern könne lokal gewichtet werden. Jedoch immer unter Vorbehalt auftretender Fälle.

Frau **Schmetz** geht auf das Verfahren bei Infizierten ein. Es sei eine Hotline eingerichtet. Parallel zur Eruiierung der Begegnungsfälle und Information an das Gesundheitsamt finden Maßnahmen in der Einrichtung statt. Weiter beschreibt sie die Hygieneregeln. Es seien fest definierte Betreuungskräfte eingesetzt.

Stadträtin **Wiedmann** spricht die Erfahrungswerte und Rückmeldungen hinsichtlich der Öffnung der Spielplätze und des Blühenden Barockes an.

Im morgigen Stab außergewöhnlicher Ereignisse werde über die Erfahrungen berichtet, so EBM **Seigfried**.

Geänderter Empfehlungsbeschluss:

1. Die Erhebung von Elternbeiträgen für die Betreuung von Kindern in Kindertageseinrichtungen der Stadt, der evangelischen und katholischen Kirche, der AWO sowie der Charlottenkrippe wird für die Zeit der Betriebsunterlassung nach der Corona-Verordnung des Landes ausgesetzt. Dieses gilt zunächst für die Monate April und Mai. ~~Weitere Monate werden den Gremien zur Kenntnis gegeben. Die Verwaltung wird ermächtigt, bei den Kindern die nach dem 18.05.2020 nicht betreut werden, analog zu verfahren.~~
2. Die Erhebung der Verpflegungsgebühr wird für die Zeit der Betriebsunterlassung nach der Corona-Verordnung des Landes ausgesetzt, bis die Wiederaufnahme des Mensabetriebs und der Essenversorgung erfolgt.
3. Analog der Ziffern 1. und 2. wird in der Schulkindbetreuung verfahren.
4. Freien und privat-gewerblichen Trägern von Kindertageseinrichtungen werden die Elternbeiträge für die Zeit der Betriebsunterlassung nach Corona-Verordnung des Landes in voller Höhe ihrer jeweiligen Beitragsregelung (ausgenommen Verpflegung und Materialzuschläge) erstattet, sofern diese Beiträge nachweislich den Eltern zurückerstattet bzw. nicht erhoben werden. Gleiches gilt für das Sport-Teilzeitinternat am Bildungszentrum West.
5. Sollte ein Träger Kurzarbeit beantragt haben, wird im 4. Quartal 2020 eine Verrechnung mit dem kommunalen Zuschuss erfolgen.
6. Für die Inanspruchnahme der Notbetreuung der systemrelevanten Berufsgruppen wird bis zum 26.04.2020 von keinem Träger ein Elternentgelt erhoben.
7. Für die Inanspruchnahme der erweiterten Notbetreuung wird von allen Trägern eine Gebühr von 10 Euro pro Tag erhoben, die sich, bei einem Umfang von weniger als 5 Stunden Betreuung, auf 5 Euro reduziert. Die Notbetriebsgebühr wird nur bis zur Höhe des regulären Monatsbeitrages erhoben. Dieses gilt ab dem 27.04 für alle Träger von Kindertageseinrichtungen und die Schulkindbetreuung in Ludwigsburg. Der erhobene Elternbeitrag wird mit dem städtischen Zuschuss verrechnet. Alle Träger sind verpflichtet, die angemeldeten Kinder und Umfänge zu melden.
8. Sollte Essen in den Einrichtungen angeboten werden, gelten die in den jeweiligen Entgeltregelungen oder jeweiligen Verträgen festgehaltenen Regelungen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der geänderte Beschluss wird mit 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung einstimmig gefasst.

Der Beschluss geht als Empfehlung an den Gemeinderat.

Beratungsverlauf:

Frau **Schmetz** (FB Bildung und Familie) informiert zum Thema. Die Einzüge durch die Stadt seien zunächst bis zur Beschlussfassung ausgesetzt. Den freien Trägern wurde empfohlen die Gebühren weiterhin einzuziehen und gegebenenfalls an die Eltern zurückzuerstatten. In der Notbetreuung sei tagesabhängig abgerechnet worden. Hier gebe es nicht das reguläre Angebot. Zudem werde derzeit kein Essen angeboten. Das Betreuungsangebot in der ursprünglichen Form könne unter Einhaltung der Hygieneeinrichtung nicht angeboten werden. Bei Ganztagesangebot betrage der Beitrag 10,--Euro und bei einer Betreuung von weniger als 5 Stunden 5,--Euro pro Tag.

Konkret werde ein Verzicht auf die Erhebung der Elternbeiträge für zwei Monate vorgeschlagen, so EBM **Seigfried**. Weiter geht er auf den Vorschlag bezüglich der bisherigen Notbetreuung und der freien Träger ein. Die Gegenfinanzierung der Landesnothilfe von zweimal 714.000,--Euro kann den Aufwand nicht decken. Eine Nettoberechnung sei derzeit nicht möglich. Hier seien verschiedene Faktoren, wie Kurzarbeit der freien Träger, Verpflegungskosten und Personalaufwand einzubeziehen. EBM Seigfried formuliert einen geänderten Beschlussvorschlag, wie oben kursiv eingefügt.

Stadträtin **Wiedmann** geht mit dem Verwaltungsvorschlag mit. Weiter will sie wissen, ob die systemrelevanten Berufsgruppen während der Notbetreuung gebührenbefreit seien.

Diese seien nicht befreit, antwortet EBM **Seigfried**.

Stadtrat **Meyer** stimmt zu. Er geht auf die Nachfrage ein und wünscht hierzu Information.

Ebenso ihre Zustimmung signalisiert Stadträtin **Moersch**.

Stadträtin **Metzger** stimmt ebenso zu. Die Verwaltung habe sich für alle freien Träger als verlässlicher Partner gezeigt. Der Informationsfluss sei gut und schnell.

Stadtrat **Heer** stimmt auch zu. Er fragt nach Kurzarbeit bei den freien Trägern und die Regelung der Sommerferien.

Stadträtin **Schmidt** fragt nach den Gewinnabsichten der freien Träger. Grundsätzlich begrüßt sie die Vorlage.

Die privat-gewerblich freien Träger haben eine gewisse Gewinnabsicht, merkt EBM **Seigfried** an.

Die Übernahme der Elternbeiträge entlaste allerdings die Eltern und mehre nicht den Ertrag der gewerblichen Träger.

TOP 2

Aussetzung der Erhebung und Erstattung von Elternbeiträgen in Kindertageseinrichtungen, in der Schulkindbetreuung und der Verpflegung (Vorberatung)

Vorl.Nr. 127/20

Nicht jeder freie Träger sei gewerblich, ergänzt Frau **Schmetz**. Zum Teil sei Kurzarbeit beantragt worden. Dies werde mit den Zuschüssen verrechnet. Eine Konzeption für die Sommerferien sei in Arbeit.

EBM **Seigfried** lässt über den geänderten Beschlussvorschlag, wie oben gestrichen und kursiv eingefügt, abstimmen. Es sei eine Botschaft an die Träger und die Eltern.

TOP 3

Integrationsrat: Wahl des Sprecherteams

Vorl.Nr. 066/20

Beratungsverlauf:

Frau **Müller** (FB Bürgerschaftliches Engagement, Soziales und Wohnen) berichtet über die Wahl des Sprecherteams anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt. Aufgrund der aktuellen Situation habe man auf eine persönliche Vorstellung des Sprecherteams verzichtet.

EBM **Seigfried** eröffnet die Aussprache.

Stadträtin **Shoaleh** freut sich auf eine enge Zusammenarbeit. Sie dankt insbesondere Frau Müller und dem Fachbereich für die Unterstützung. Es habe sich eine starkes Sprecherinnen-/Sprecherteam gebildet. Die umfangreiche Tagesordnung zur kommenden Sitzung des Integrationsrates weise auf eine gute Entwicklung hin.

Nachdem es keine weiteren Wortmeldungen gibt, beendet EBM **Seigfried** diesen Tagesordnungspunkt.

TOP 4

Bericht über die Situation der Geflüchteten in Ludwigsburg

Vorl.Nr. 068/20

Beratungsverlauf:

Frau **Dietz** und Herr **Henning** (FB Bürgerschaftliches Engagement, Soziales und Wohnen) berichten über die Situation der Geflüchteten in Ludwigsburg anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt.

Stadträtin **Shoaleh** dankt für die anschauliche Präsentation. Der hohe Zuzug seit dem Jahre 2015

und Nachhaltigkeit angenommen. Mit allen Akteuren sei diese Aufgabe gemeistert und vorbildlich gearbeitet worden, merkt sie lobend an. Sie wünscht unter anderem Information zu den Themen gelungene Integration, Situation der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge, Familiennachzug, Abschiebungen aus Ludwigsburg, geschlechtsspezifische Differenzierung, aktuelle Situation während der Corona-Pandemie, technische Ausstattung der Unterkünfte, Unterstützung der Schulkinder, sowie die Einbeziehung des Asylkreises.

Stadtrat **Meyer** schließt sich dem Dank an. Die Verhandlungen mit dem Kreis hinsichtlich der Unterkünfte seien gut verlaufen. Man müsse vorausschauende Maßnahmen ergreifen und die Unterkunft in Hoheneck, sowie Brucknerstraße angehen. Gegebenenfalls können diese, bei Nichtbelegung, für studentisches Wohnen genutzt werden. Eine digitale Lösung müsse in der Gesamtheit betrachtet werden. Die Arbeit des Integrationsmanagers sei wichtig. Dennoch müsse die Anzahl der Neukunden und der Bedarf betrachtet werden.

Seinen Dank an die Verwaltung, die Institutionen, sowie die Ehrenamtlichen spricht Stadtrat **Dengel** für die geleistete Arbeit aus. Hierdurch habe es nur geringe Probleme mit geflüchteten Menschen gegeben.

Die Arbeit sei unbedingt notwendig, sowie vorausschauendes Handeln und gute Beschlüsse, so Stadtrat **Prof. von Stackelberg**. Die neuen Standorte für die Anschlussunterbringung haben große Diskussionen mit sich geführt. Die Möglichkeiten sollten umgesetzt werden. Sollten die Unterkünfte nicht gebraucht werden, könnten diese als Wohnraum genutzt und neue Möglichkeiten entwickelt werden. Sprachfähigkeiten und Abschlüsse seien wichtig.

Die Flüchtlingsarbeit, das bürgerschaftliche Engagement und die Vorgehensweise sei gut, merkt Stadtrat **Heer** an. Zum Standort Hackstraße wünscht er Informationen zum Baurecht, sowie zur Förderung des Integrationsmanagements durch Landesmittel.

Stadträtin **Schmidt** wünscht eine besondere Förderung der Frauen und Kinder. In der Wohnungsnot sehe sie ein großes Problem.

Ein gemeinschaftliches Wohnen und diese gewisse Form der Obdachlosigkeit habe mit Integration nichts gemein, so EBM **Seigfried**. Aufgrund des jeweiligen Status gebe es nur eingeschränkte Möglichkeiten. Weiter geht er auf die komplizierte rechtliche Situation zur Hackstraße, aufgrund Lärmschutzkriterien, ein. Eine Klärung zum Baurecht werde dieses Jahr erfolgen.

Arbeit und Sprache seien wichtige Indikatoren für eine Integration, so Herr **Henning** und geht auf die weiteren offenen Fragen ein. Durch Entlassungen im Zuge der Corona-Pandemie habe man teilweise einen Rückschlag erfahren. Die Zuständigkeit der UMAS liege beim Landkreis. Problematisch sei die Unterbringung der UMAS bei Verlust des Status für die Inanspruchnahme der Jugendhilfemaßnahmen. Die Zahl der Abschiebungen sei aufgrund der Hemmnisse relativ gering. Erfahrungsgemäß werde häufig eine WLAN Nutzung privat organisiert. Dieses Thema sei ausgiebig diskutiert, abgewogen und dagegen entschieden worden. Bisher habe es lediglich eine Familie mit bestätigter Corona Infektion, in einer abgeschlossenen Wohnung, gegeben. Die Erreichung der Schulkinder sei problematisch. Rückmeldungen erfolgen teilweise durch die Eltern. Die Kontaktaufnahme erfolge derzeit überwiegend telefonisch. Die Unterkunft Brucknerstraße werde vom Landkreis übernommen, hierzu laufen Gespräche. Weiter geht er auf die Anpassung der Personalsituation und gegebenenfalls einen erhöhten Betreuungsschlüssel, hinsichtlich notwendiger Sparmaßnahmen, ein. Massive Einschnitte gebe es bei der Förderung.

Eine geschlechtsspezifische Auswertung sei möglich, so Frau **Dietz**. Frauen nehmen ebenfalls an
TOP 4 Bericht über die Situation der Geflüchteten in Ludwigsburg Vorl.Nr. 068/20

Sprachkursen teil, vermehrt durch das neue Angebot der Kinderbetreuung. Die Integrationsmanager seien gut informiert und sprechen in der Beratung direkt die Frauen an.

EBM **Seigfried** geht auf die derzeitige Situation der Integrationskurse zur Sprachförderung in Zeiten der Pandemie ein.

Eine soziale Beobachtung hinsichtlich notwendiger Begleitung und Hilfe erfolge durch die Schulsozialarbeit und Lehrerschaft, so Frau **Schmetz**.

TOP 5 Kooperationsvereinbarung mit dem Kinderschutzbund Ortsverein Ludwigsburg - Fortsetzung Kinderangebote in der Flüchtlingsunterkunft Fröbelstraße (Vorberatung) Vorl.Nr. 047/20

Beschluss:

Der Fachbereich Bürgerschaftliches Engagement, Soziales und Wohnen wird beauftragt, mit dem Ortsverein Ludwigsburg des Deutschen Kinderschutzbundes (DKSB) eine Kooperationsvereinbarung abzuschließen. Der DKSB ist bereit, seine beiden Angebote für Kinder bzw. Mütter mit Kindern in der Unterkunft Fröbelstraße nach dem Übergang der Unterkunft vom Landkreis Ludwigsburg an die Stadt Ludwigsburg fortzusetzen. An den Personal- und Sachkosten beteiligt sich die Stadt Ludwigsburg ab der Übernahme der Unterkunft Fröbelstraße für zunächst 24 Monate mit jährlich 10.000 Euro.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird einstimmig mit 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen gefasst.

Beratungsverlauf:

Nachdem auf einen Sachvortrag und eine Aussprache verzichtet wird, lässt EBM **Seigfried** über die Vorlage abstimmen.

Beratungsverlauf:

EBM **Seigfried** geht auf die Anfrage der FDP-Fraktion (060/20) ein. Durch die heutige Beratung sei diese als erledigt anzusehen.

Herr **Wittmann** (FB Bildung und Familie) informiert zum Thema anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt.

EBM **Seigfried** eröffnet die Aussprache und ruft zuerst Stadtrat Heer als Fragesteller auf.

Stadtrat **Heer** dankt für die Ausführungen. Die Digitalisierung und die mediale Ausstattung sei wichtig. Moderne Technik müsse gewährleistet sein und vorangetrieben werden. Er erinnert an die beeindruckende Besichtigung einer Schule in Österreich. Er bittet um eine zeitweise Berichterstattung über die weitere Entwicklung an den Schulen und fragt nach der Zeitschiene. Die gestellten Fragen seien beantwortet. Weiter will er wissen, ob die Schulen Anforderungen gestellt haben.

Momentan sei man beim Abschluss der Ist- Analyse, so Herr **Wittmann**. Man wolle eine gleichrangige, einheitliche Ausstattung der Schulen.

Die Mittel aus dem Digitalpakt werden voll genutzt, fügt EBM **Seigfried** hinzu. Lange Zeit sei auch ohne eine Förderung investiert worden. Es mangelt noch immer an geeigneten Lernplattformen und Entscheidungen für bestimmte Systeme, sowie Unterrichtsmittel.

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** sieht hier eine große Aufgabe des Schulträgers. Der herkömmliche Unterricht müsse in die digitalen Möglichkeiten einfließen und diese sinnvoll, auch unter Beachtung der Kulturtechnik, genutzt werden. Hier sehe sie eine Chance in der Pandemie.

Die Schulung der Lehrer sei eine Landesaufgabe und könne eventuell auch in den Sommerferien erfolgen, merkt Stadträtin **Seyfang** an. Die Dringlichkeit sei erkannt und solle in die Ist-Analyse einfließen. Sie fragt an, ob eine Lehrmittelfreiheit für die Hardware der iPads möglich sei.

Die Situation sei rückständig, kritisiert Stadtrat **Dengel** diese bundes-/ landespolitische Problematik. Die Lehrer müssen besser eingebunden werden.

Ein mit den Schulen abgestimmtes und gewolltes Konzept sei notwendig, fügt Stadtrat **Prof. von Stackelberg** hinzu. Es gebe eine unterschiedliche Ausstattung in den Familien. Die Kosten für die technische Versorgung aller Schulen und der Betreuungsaufwand, Wartung, sowie in der Didaktik sehe er als sehr hoch an. Zudem habe der technische Standard eine kurze Verfallzeit und müsse als laufende Kosten ständig erneuert werden.

Die Technik sei teilweise nicht optimal genutzt worden, teilt Herr **Wittmann** mit. Jedoch zeigen die Schulen ein großes Engagement und Dankbarkeit für die Ausstattung, insbesondere in Zeiten der Krise.

Stadtrat **Heer** stellt die Frage nach externen Beratern als Prozessbegleiter und ob bereits finanzielle Mittel geflossen seien.

Erste Mittel seien 2019 ausbezahlt und bereits eingesetzt worden, so Herr **Wittmann**. Man habe externe Unterstützung und eine enge Verbindung zum Regierungspräsidium, Experten in den TOP 6 Umsetzung des "DigitalPakts Schule 2019 bis 2024" in Ludwigsburg Vorl.Nr. 060/20
- Anfrage der FDP-Fraktion vom 04.02.2020

Schulen und Landesmedienzentrum. Ein Expertenrat gebe es bereits seit 2017, ziehe sich durch alle Schularten und werde weiter forciert.

Ludwigsburg sei mit der Ausstattung, lange Zeit auf eigene Kosten, immer aktuell gewesen, ergänzt Stadträtin **Moersch** rückblickend. Lehrer und Schüler müsse sich in die Lernmittel einarbeiten.

Im Rahmen der Haushaltsdiskussion werde man sich mit der Umsetzung beschäftigen, fügt EBM **Seigfried** hinzu und schließt diesen Tagesordnungspunkt.

TOP 7 Namensgebung der neuen Grundschule im Gebiet Fuchshof (Vorberatung) Vorl.Nr. 049/20

Beschlussvorschlag:

Der Name der neuen Grundschule an der Fuchshofstraße wird festgelegt auf:

1. Grundschule Fuchshof
- oder
2. Fuchshofschule

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Im Ergebnis fallen 5 Stimmen für Ziffer 1 und 5 Stimmen für Ziffer 2.

Es ergeht kein Empfehlungsbeschluss an den Gemeinderat.

Nicht anwesend: Stadträtin Schmidt

Beratungsverlauf:

EBM **Seigfried** lässt per Handzeichen über den Beschlussvorschlag zu Ziffer 1 und Ziffer 2 abstimmen. Aufgrund der Pattsituation erfolgt kein Empfehlungsbeschluss an den Gemeinderat. Die Abstimmung findet im Gemeinderat statt.

Beschluss:

1. Die zugesagte Geldspende der **Bürgerstiftung Ludwigsburg** i.H.v. 25.000 EUR wird angenommen (siehe Anlage lfd. Nr. 9).
2. Die übrigen in der **Anlage** aufgelisteten Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen i.H.v. insgesamt **48.518 EUR** werden gesammelt angenommen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird einstimmig mit 9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen gefasst.

Nicht anwesend: Stadträtin Schmidt
Befangenheit: Stadtrat Meyer

Beratungsverlauf:

Nachdem auf einen Sachvortrag und eine Aussprache verzichtet wird, lässt EBM **Seigfried** über die Vorlage abstimmen.

Stadtrat **Meyer** rückt wegen Befangenheit vom Sitzungstisch ab.

EBM **Seigfried** beendet den öffentlichen Teil der Sitzung.